

# Von Great Britain zu Little England:

## Nordirland, Brexit und das Ende des Vereinigten Königreichs

Dieter Reinisch

Vor 15 Jahren begannen meine Forschungen zum irischen Republikanismus. (Reinisch 2019e) Das langfristige Ziel des dortigen Republikanismus ist die Wiedervereinigung Irlands als Republik. Doch damals vor 15 Jahren schien die Möglichkeit in weiter Ferne – nahezu ausgeschlossen schien es, dass Nordirland sich von Großbritannien lösen könnte. Doch vor fünf Jahren kam es zum Brexit, der seither am Fundament des Vereinigten Königreichs rüttelt und es womöglich in absehbarer Zeit zum Einsturz bringt. Welche Rolle die irische Insel in diesem Desintegrationsprozess spielt, erkläre ich im folgenden Artikel.

Der Republikanismus entstand wie in anderen Erdteilen im Zuge der nordatlantischen Revolution um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Die irische Insel war damals die älteste Kolonie des britischen Empire. Die irischen RepublikanerInnen kämpften ab den 1790er Jahre für eine von London unabhängige Republik. 1916 riefen sie diese im Zuge des Jahrzehnts der irischen Revolution aus. Doch der Aufstand wurde niedergeschlagen, es folgte ab 1919 ein blutiger Unabhängigkeitskrieg, der bis Juli 1921 andauerte. (English 2007) Im Zuge des Kriegs wurde die Insel im Dezember 1920 gespalten. Der wohlhabende und industrialisierte Nordosten mit dem Industriezentrum Belfast und seinem Hinterland blieb Teil des Vereinigten Königreich, wogegen der arme, ländliche Süden und Westen mit der Hauptstadt Dublin in die Unabhängigkeit entlassen wurde. (Reinisch 2020a)

Den irischen NationalistInnen und RepublikanerInnen stehen die UnionistInnen und LoyalistInnen gegenüber. UnionistInnen wollen, dass Nordirland Teil des Vereinigten Königreichs bleibt. LoyalistInnen sind radikaler und greifen zur Gewalt, um die Union zu verteidigen. Nach dem Aufkommen einer friedlichen Bürgerrechtsbewegung eskalierte die Situation im Jahr 1969. (Reinisch 2019a) Am 14. August begannen in Belfast Pogrome gegen die katholische Bevölkerung. Ein unionistischer Mob brennt die Bombay Street nieder, die katholische Bevölkerung wurde vertrieben. Insgesamt wurden im Sommer 1969 mehr als 1800 Familien aus Belfast vertrieben, fast 83 Prozent davon KatholikInnen. Bis 1974 verloren rund 60.000 Menschen ihre Häuser. Es war die größte ethnische Vertreibungswelle in Europa zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den Balkankriegen. Die britische Armee wurde in die Provinz entsandt – und die IRA hatte nach den Vertreibungen in Belfast genug UnterstützerInnen, um einen Guerillakrieg gegen die britischen Soldaten zu starten. Barrikaden wurden errichtet, um Polizei und britische Armee am Eindringen in die katholischen Gebiete zu hindern. (Reinisch 2019c) Spätestens 1972 war Nordirland in einen Krieg versunken, der bis heute nachwirkt. Die von der IRA und loyalistischen Paramilitärs wie der Ulster Volunteer Force (UVF) geschaffene Gewaltspirale endete erst am 31. August 1994, als die IRA einseitig einen Waffenstillstand ausrief – und die loyalistischen Paramilitärs ihr am 13. Oktober folgten. Vier Jahre später fand der Krieg mit dem Karfreitagsabkommen sein offizielles Ende. (Reinisch 2017)

Nach langen Verhandlungen unterzeichneten am 10. April 1998 die Regierungschefs von Großbritannien und Irland, Tony Blair und Bertie Ahern, gemeinsam mit acht nordirischen Parteien das Karfreitagsabkommen. Es wurde in zwei getrennten Abstimmungen in Nordirland und der Republik mit 71 % bzw. 94 % angenommen. In der Republik wurde es der 19. Verfassungszusatz mit dem der Gebietsanspruch der Republik über den Norden aus der Verfassung gestrichen wurde. Für Nordirland bedeutet das Abkommen, dass die stärksten Parteien auf beiden Seiten nach dem d'Hondt'sche System die Regierung stellen. So wurden die ehemaligen Erzfeinde Sinn Féin und Democratic Unionist Party (DUP) in eine Regierung gezwungen. Ian Paisley wurde 2007 Regierungschef, der ehemaligen IRA-Kommandant Martin McGuinness sein Stellvertreter. (Reinisch 2020f)

Das von der irischen und britischen Regierung mit Hilfe der USA ausverhandelte Karfreitagsabkommens setzte dem Blutvergießen zwar ein Ende, es etablierte aber ein politisches System permanenter Krise und dessen Stillstand das Scheitern der Brexit-Verhandlungen bedroht. Brigid Laffan betont daher: „Der Konflikt zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen in Nordirland wurde durch das Karfreitagsabkommen nicht gelöst. Stattdessen wandelte er sich in einen nicht-gewaltsamen Konflikt.“ (Laffan 2018)

Wie im Libanon und in Bosnien wurde damit auch in Nordirland ein politisches System etabliert, in dem sich die konfessionellen und ethnischen Gruppen die Macht teilen müssen: Im Belfast Parliament Stormont müssen die beiden größten Parteien auf protestantischer und katholischer eine Koalitionsregierung bilden. Konfessionsübergreifende Politik wurde damit de facto unmöglich und die Spaltung der Gesellschaft weiter vertieft. (Mollica and Dingley 2014) Paramilitärs und Splittergruppen der ehemaligen Milizen beider Seiten existieren bis heute. (Reinisch 2020e)

Als Nordirland vor 100 Jahren gegründet wurde, war es eine der wohlhabendsten Regionen im britischen Empire. Spätestens mit dem Nordirlandkonflikt verschwanden die letzten Industriearbeitsplätze Belfasts. Schiffsbau und Leinenindustrie, beides Hochburgen der protestantischen ArbeiterInnenklasse, siedelten in asiatische Billiglohnländer ab. Die Folgen waren enorm: Nach dem Karfreitagsabkommen setzte eine Massenarbeitslosigkeit unter ProtestantInnen ein, die weltweite Finanzkrise 2008 verschärfte das Problem. (Geets and Reinisch 2021; Reinisch 2020b)

Die Wirtschaftskrise traf nicht nur Nordirland, sondern auch die Republik Irland. Die Jahre des unglaublichen Wirtschaftsaufschwungs, finanziert durch Niedrigsteuerepolitik für Unternehmen machten Irland zu einem Finanzschlupfloch. Das über Jahrhunderte bettelarme Land wurde in wenigen Jahren zum „keltischen Tiger“. Mit dem Zerplatzen der Immobilienblase und dem Kollaps der Banken fiel Irland als erstes Land unter den EU-Rettungsschirm, noch vor Griechenland. (Allen and O'Boyle 2013; McCabe 2011; Coulter and Nagle 2015) In den Jahren nach der Wirtschaftskrise von 2008 wollte kein/e PolitikerIn in Dublin von einer Wiedervereinigung sprechen, denn die hohen Finanzausgaben hätte sich Dublin einfach nicht leisten können, sprich: selbst wenn es immer eine Mehrheit in Umfragen für eine Wiedervereinigung gab, für die Republik wäre eine Integration Nordirlands schlicht zu teuer gewesen.

Zudem schob das Ende des Nordirlandkonflikts eine mögliche Wiedervereinigung in weite Ferne. Einerseits verpflichtete sich Dublin, die beiden Paragraphen, die einen Gebietsanspruch über die gesamte Insel betonten, aus der Verfassung zu streichen. Andererseits wurde der Status Nordirlands als Teil der Vereinigten Königreichs bestärkt.

Durch Mehrheitsentscheidungen bei Volksabstimmungen wurde Nordirlands Stellung in Volksentscheidungen festgeschrieben, die dann in den Parlamenten ratifiziert wurden. Damit wurde der Teilungsvertrag von Dezember 1920 untermauert.

Nach dem formellen Ende des Konflikts war Nordirland fester verankert im Vereinigten Königreich als je zuvor. Dennoch führte es zur paradoxen Situation, dass sich LoyalistInnen von nun an als Verlierer des Friedensprozesses sahen, wogegen sich RepublikanerInnen als Sieger sahen. (Geets and Reinisch 2021) Die republikanische Partei Sinn Féin konnte sich als Sieger positionieren, da sie den republikanischen Kampf für ein vereintes Irland hin zu einem angeblichen Kampf für Bürgerrechte umdeutete: im Geschichtsrevisionismus von Sinn Féin wird die IRA als Verteidiger der unterdrückten Katholiken im nordirischen Staat reinterpretiert und nicht als eine revolutionäre Kraft, die für die Überwindung der neokolonialen Teilung und Wirtschaftsstruktur Irlands kämpft. (Ó Ruairc 2020)

In diesem Umfeld begann ich vor 15 Jahre meine Forschungen zur Geschichte und Politik Irlands. Obwohl ich selbst mit einer irischen Wiedervereinigung sympathisiere, schien mir die reale Umsetzbarkeit doch zweifelhaft. Zwar erklärte der damalige Vize-Premierminister von Nordirland und ehemaliger IRA-Kommandant Martin McGuinness ab 2003 gebetsmühlenartig, dass Irland zum 100. Jahrestags des Osteraufstands von 1916 wiedervereinigt sei – doch selbst die engsten ParteigängerInnen glaubten daran nicht. (Cunningham 2003) Hätte mich vor fünf Jahren jemand gefragt, ob Irland jemals vereinigt werden wird, hätte ich wohl nur müde gelächelt. Doch dann kam der Brexit und hauchte den Souveränitätsbestrebungen in Schottland und Nordirland neues Leben ein. Plötzlich stand die Wiedervereinigung auf der politischen Tagesordnung. Nach einem fulminanten Wahlsieg von Sinn Féin im Februar 2020 titelte sogar der konservative Londoner *The Economist*, dass die irische Wiedervereinigung nun auf der Tagesordnung stehe – und mit ihr der Zerfall des Vereinigten Königreichs. („Irish unification is becoming likelier“ 2020)

## Brexit-Referendum in Nordirland

Während den gesamten Brexit-Verhandlungen war die Frage des nordirischen Status umstritten. Als Theresa May Premierministerin war, hatte sie den „Irish Backstop“ mit Brüssel ausverhandelt. Dies war eine Rückversicherung, durch die eine bewachte Grenze verhindert werden sollte. Ihr Austrittsabkommen wurde bekanntlich vom Parlament abgelehnt und ihr Nachfolger Boris Johnson war zunächst entschiedener Gegner des Backstop. Sein Abkommen sah aber eine ähnliche Lösung vor: Nordirland soll anders als der Rest des Königreichs behandelt werden.

Aus der Sicht der größten unionistischen Partei Nordirlands, der DUP dürfe Nordirland nicht anders als der Rest des Königreichs behandelt werden, es dürfe keine Grenze durch die irische See geben. Schließlich sei Nordirland, wie Margaret Thatcher bereits betonte, „so britisch wie Finchley“. Doch genau dieser Sonderstatus kam am 1. Jänner 2021 und war einer der Auslöser der kurzen Randalen loyalistischer Jugendlicher im April. (Reinisch 2021b) Die DUP ist traditionell, ebenso wie ihre WählerInnen, eine EU-Gegnerin. Während die Mehrheit der NordirInnen gegen den Brexit votierte, stimm-

te die Mehrheit der Protestanten und DUP-WählerInnen dafür. Die Politikwissenschaftlerin Brigid Laffan betont, dass das Brexit-Wahlverhalten eine starke ethno-nationalistische Tendenz erkennen lässt. (Laffan 2018) 56 % der NordirInnen stimmten gegen den Brexit, bei den KatholikInnen waren es sogar 80 %, wogegen 66 % der ProtestantInnen für den Brexit stimmten. Besonders hoch war die Zustimmung für den Brexit in jenen Wahlbezirken, in denen die DUP normalerweise am erfolgreichsten abschneidet. Die Haltung der DUP zum Brexit war klar: Keinen Sonderstatus für Nordirland, keinen Backstop und eine physische Grenze mit Kontrollen durch die Insel. (Reinisch 2019b)

Loyalisten sehen nun eine neue Gefahr heraufziehen. Eine Wiedervereinigung, die von Sinn Féin lautstark propagiert wird. Die Parteivorsitzende Mary Lou MacDonald erklärte, dass ihre Partei die Frage eines Referendums für die Wiedervereinigung forcieren werde. (Carroll 2020) Die Möglichkeit einer solchen Abstimmung ist im Karfreitagsabkommen festgeschrieben. Doch trotz einer Bevölkerungsverschiebung, die zu einem Verlust der unionistisch-protestantischen Mehrheit führte, ist der Ausgang einer solchen Abstimmung ungewiss. Laut dem aktuellen Life and Times Survey sehen sich mehr als 50 % der Bevölkerung nicht als unionistisch oder nationalistisch. Gar nur 26 % sehen sich als eindeutige BefürworterInnen der Union mit Großbritannien. Stattdessen entstand seit den 1980er Jahren eine von der wohlhabenden Mittelschicht getragene nordirische Identität. Ihr politischer Ausdruck ist die moderate, unionistische Alliance Party, die bei den letzten Wahlen große Gewinne verbuchte und sich als dritte Kraft hinter DUP und Sinn Féin etablierte. (Tonge 2020)

Es wird erwartet, dass viele gemäßigte Unionisten eine Wiedervereinigung unterstützen könnten, um so Nordirland zurück in die EU zu bringen. Es sind ähnliche Argumente, die auch von Nicola Sturgeon in Schottland in die Debatte geworfen werden. Die Diskussionen um eine Abstimmung, gleich wie realistisch oder unrealistisch diese ist, werden in den kommenden Jahren zunehmen. In der Jahresvorschau für 2021 schrieb die *Financial Times*, dass die Frage der Unabhängigkeit von Schottland und die Wiedervereinigung Irland das kommende Jahr bestimmen werde: „Das Vereinigte Königreich hat zwei neue eingefrorene Konflikte.“ (Kuper 2020)

Ein zentraler, aber vernachlässigter Punkt ist die Rechtsgrundlage für eine solche Abstimmung. Das Karfreitagsabkommen erwähnt zwar theoretisch eine Abstimmung zum Status von Nordirland, wie diese aussehen könnte, ist aber nicht ausgeführt. Wird es eine Abstimmung in Nordirland sein? Oder zwei in Nordirland und der Republik? Eine in ganz Irland oder wird auch in Großbritannien abgestimmt? Das Einzige, was festgehalten wird ist, dass die britische Regierung eine derartige Abstimmung durchführen muss. Daher liegt der Spielball in Westminster und London hat kein Interesse, die Provinz Nordirland zu verlieren. Dies könnte zu einem Dominoeffekt in Schottland führen. (Reinisch 2021a)

## Sinn-Féin-Regierungen in Belfast und Dublin

Der politische Wind weht auch in Dublin in Richtung Wiedervereinigung. Bei den Wahlen Anfang 2020 errangen die beiden ehemaligen dominierenden Rechtsparteien Fianna Fáil und Fine Gael erschreckend niedrige Ergebnisse. Neu erstarkt ist hingegen

Sinn Féin. Sie errang ihr historisch bestes Wahlergebnis seit 1923 und wurde mit 25 % die stärkste Partei. Erst dahinter folgten Fianna Fáil mit 22 % und Fine Gael mit 20 %. Bis 2011 lag der gemeinsame Stimmenanteil der beiden ehemaligen Großparteien noch bei 70 %. So wurden die Rivalen nun in eine gemeinsame Dreierkoalition mit den Grünen gedrängt, um Sinn Féin von der Regierung fernzuhalten. (Reinisch 2020d)

Die konservativ-grüne Koalition stand von Beginn an auf wackeligen Beinen. Alles andere als Neuwahlen noch vor Ende der 5-jährigen Legislaturperiode wäre eine Überraschung. Nur die Pandemie hält die Regierung derzeit am Leben. Bei den Nachwahlen im Wahlkreis Süd-Dublin im Juli 2021 erhielten die Regierungsparteien einen weiteren Dämpfer. Die Labour-Kandidatin Ivana Bacik gewann klar gegen den Fine-Gael-Kandidaten James Geoghegan. Fianna Fáil fiel auf ihr niedrigstes Resultat in der 95-jährigen Geschichte der Partei. Sinn Féin schnitt stark ab und etablierte sich abermals als die Partei der urbanen ArbeiterInnenschaft, wogegen Labour sich als die Partei der wohlhabenden, liberalen Mittelschicht positionierte.

Der zu erwartende Wahlsieger wird bei den nächsten Parlamentswahlen Sinn Féin sein – die Partei besitzt anhaltend hohe Umfragewerte: Mitte August stand sie bei weit über 30 %. Für viele, vor allem junge und urbane IrInnen, ist Sinn Féin eine glaubhafte Alternative zu den etablierten konservativen Parteien. Entlang der urbanen Ostküste hat sie die Labour-Partei als stärkste Kraft abgelöst. In Dublin wird sie nach den nächsten Wahlen nicht mehr von der Regierung ferngehalten werden können – und falls sie als die Nummer 1 durch das Ziel kommt, könnte sie sogar den Regierungschef, *Taoiseach*, stellen.

In Nordirland sieht die Situation ähnlich aus. Mit dem Brexit und dem daraus folgenden Nordirlandprotokoll wurde die DUP in eine tiefe Krise gestürzt. Arlene Foster musste im April nach über fünf Jahren als Regierungschefin den Hut nehmen, da sie für viele erzkonservative DUP-Mitglieder nicht entschieden genug gegen das Brexitprotokoll auftrat. Ihr folgte der rechte Hardliner Edwin Poots, der seinen Vertrauten Paul Girvan, ein strenggläubiger Kreationist, zum Regierungschef ernannte. (Reinisch 2021d) Poots hielt sich nur wenige Wochen. Am 30. Juni wurde Jeffrey Donaldson zum neuen Parteichef ernannt. Sein wichtigstes Ziel: Weg mit dem Brexitprotokoll.

Wie alle DUP-Politiker vor ihm wird er daran scheitern. Für Boris Johnson ist Nordirland nicht wichtig genug, um mit Brüssel neu zu verhandeln. Die Krise der DUP wird sich vertiefen und dies könnte zu Neuwahlen im Herbst führen. Die nächsten regulären Wahlen sind für Mai 2022 angesetzt. Egal wann die Wahlen genau stattfinden, laut Umfragen wird Sinn Féin auch in Belfast erstmals die stärkste Partei werden. 100 Jahre nachdem ein „protestantischer Staat für ein protestantisches Volk“ proklamiert wurde, wird erstmals keine unionistische Partei den Regierungschef stellen. Dies wäre ein entscheidender Schritt, um Irland wieder zu vereinen und so den Norden zurück in die EU zu bringen. (Reinisch 2021c)

## Die Entscheidung liegt in Schottland

Sinn Féin hatte vor den Wahlen im Februar 2020 versprochen, innerhalb von fünf Jahren über die Wiedervereinigung abstimmen zu lassen. Gleich ob Sinn Féin Teil von ihr sein wird oder nicht, die zukünftige Regierung wird sich diesen nationalistischen Gefühlen nicht verschließen können. Doch die Motivation der WählerInnen, Sinn Féin diesmal die Stimme zu geben, war keine nationalistische, sondern das schlechte Sozialsystem und die Wohnungsnot. Das US-Magazin *The Atlantic* titelte dennoch: „Der englische Nationalismus führt zum Aufschwung des irischen Nationalismus.“ (Serhan 2020) Nur ein Beispiel für das Unverständnis der meisten internationalen Medien für die Situation auf den britischen Inseln.

Die linke Stoßrichtung des Republikanismus wird im Wahlergebnis von Februar 2020 sichtbar. Irland hat ein Stimmentransfersystem, wie es sonst nur Malta und der australische Senat verwenden. Es ist möglich, mehrere Stimmen mit unterschiedlicher Gewichtung zu vergeben. Die Stimmentransfers von Sinn-Féin-Wählern gingen nahezu ausschließlich an linke Kandidaten, wie Solidarity/People Before Profit und Social Democrats. Diese konnten so trotz Stimmenverlusten ihre Abgeordnetenzahlen halten oder ausbauen. (Reinisch 2020c) Gleichzeitig konnte die extreme Rechte trotz großer finanzieller Unterstützung aus neo-konservativen Kreisen in den USA nicht reüssieren. Mit ihren ebenfalls stark nationalistischen, aber zugleich migrationsfeindlichen Programmen gab es kaum Wahlkreise in denen ihre KandidatInnen mehr als 1% der Stimmen erhielten.

In Nordirland brachte der Brexit einen Aufschwung des rechten Nationalismus in der Form von pro-britische LoyalistInnen. Sie fürchten eine Wiedervereinigung Irlands. Historisch tendiert die protestantische ArbeiterInnenklasse aufgrund ihrer Unterstützung für die britische Monarchie nach rechts. In den letzten Jahren konnten rechtsextreme Gruppen wie British National Party, UKIP und English Defence League unter der durch die Finanzkrise verarmten Bevölkerung an Einfluss gewinnen. Zugleich entstand innerhalb der protestantischen Mittel- und Oberschicht eine eigenständige nordirische Identität. Diese nordirischen Autonomiebestrebungen nach dem Vorbild Südtirols sind ein Ausweg für jene, die erkennen, dass der englische Nationalismus der konservativen Tories wenig Interesse an Nordirland zeigt, gleichzeitig lehnen diese nordirischen UnionistInnen aber eine Vereinigung mit der Republik ab. (Reinisch 2019d)

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland entstanden aus ähnlicher Tradition wie in Irland. Der Aufstieg der Scottish National Party (SNP) in den letzten beiden Jahrzehnten verdankt sie der Entfremdung schottischer ArbeiterInnen von Labour. Doch sie ist zugleich die Partei der schottischen Wirtschaft. Vor dem Brexit betonte die Partei, ein unabhängiges Schottland werde Teil des britischen Finanzraums bleiben und den britischen Pfund behalten, die Queen solle Staatsoberhaupt bleiben und es werde um Aufnahme in EU und NATO angesucht werden.

Der schottische Nationalismus ist weniger republikanisch und sozialistisch als der irische. Eine Unabhängigkeit wäre für die SNP nur eine verfassungsrechtliche Adaptierung der bestehenden Verhältnisse. Dennoch erkennen die meisten schottischen Linken das Recht auf nationale Selbstbestimmung an und unterstützen es aktiv. Vor dem Unabhängigkeitsreferendum 2014 formierten sich die sozialistischen Parteien zur „radikalen Unabhängigkeitskampagne“. Rechte politische Strömungen sind entschiedene Gegner der Trennung von Großbritannien.

In England schürte der Brexit einen rechten Nationalismus, der nicht nur gegen Europa, sondern auch MigrantInnen gerichtet ist. Er ist eine Reaktion konservativer Kreise schwindende wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der ehemaligen Kolonialmacht. ArbeiterInnen, die durch die Privatisierungen von Margaret Thatcher und New Labour ihre Jobs verloren und verarmten, greifen zum Nationalismus, um andere, die ihre Arbeitsplätze bedrohen könnten, auszugrenzen. Der englische Nationalismus führt nicht nur zur Abschottung nach außen, sondern auch zur Spaltung und Diskriminierung nach innen.

In diesem Zusammenhang bedeutete der Wahlsieg der SNP Anfang Mai einen weiteren Schritt hin zum Zerfall des Vereinigten Königreichs. In Schottland stimmten vor allem urbane, gebildete WählerInnen für die SNP, nicht weil sie eine Unabhängigkeit als solches wünschen, sondern weil ein unabhängiges Schottland ihnen die Aussicht gibt, so zurück in die EU zu kommen. Aufgrund ähnlicher Überlegungen würden liberale, urbane UnionistInnen in Nordirland für eine Wiedervereinigung, damit sie so den Nordosten Irlands zurück in die EU bringen könnten – nicht, weil sie UnterstützerInnen einer Wiedervereinigung sind. (Reinisch 2021e)

Unklar ist, wie sich die britische Regierung im Falle eines neuen schottischen Unabhängigkeitsreferendums verhalten wird. Sturgeon hat gemeinsam mit den Grünen, die ebenso eine Unabhängigkeit unterstützen, eine satte Mehrheit. Sie ist mit dem großen Wahlversprechen eines neuen Referendums angetreten und hat gewonnen. Gleichzeitig macht London klar, kein neues Referendum abzuhalten oder das Ergebnis eines einseitig durchgeführten Referendums anzuerkennen. Neben den Tories sind auch Labour und die Liberaldemokraten gegen ein Referendum. Noch gibt die Pandemie Sturgeon und London eine Atempause, aber irgendwann muss sie ihr Wahlversprechen umsetzen, um nicht die WählerInnengunst zu verlieren. Sie machte aber von Beginn an klar, kein einseitiges Referendum zu veranstalten – sie wolle eine Situation, wie in Katalonien verhindern. Somit sind nun sowohl Sturgeon als auch London in einer Sackgasse angelangt. Beide können und wollen sich nicht bewegen, denn jeder Schritt wäre eine Gefahr – aber kein Schritt ist nicht möglich. Ein realistischer Ausweg wäre eine noch stärkere Autonomie für Schottland. In diesem Fall könnte Schottland etwas befriedet werden und London den Zugang zum nördlichen Atlantik und ihre Basen für die Atomsprengköpfe, die derzeit in Schottland stationiert sind, behalten. Ob es reicht, die liberalen Städter in Edinburgh und Glasgow zu besänftigen ist zweifelhaft, denn sie wollen zurück in die EU und das geht nach dem Brexit nur als eigenständiger Staat.

### **Little England als Kollateralschaden Johnsons' Nationalismus**

Der Brexit hat London und Brüssel, Belfast und Dublin vor viele Probleme gestellt. Auch über fünf Jahre nach dem Referendum wird er noch debattiert. Nordirische Unionisten verlangten noch im Sommer 2021 eine Neuverhandlung, während gleichzeitig ein „Wurstkrieg“ drohte. Bei diesem Handelskonflikt ging es um die Ein- und Ausfuhr von nicht-tiefgefrorenen Fleischprodukten. Ein Verbot hätte die Einfuhr britischer Würste nach Nordirland unmöglich gemacht. Zwei Schweine- oder Rinderwürs-

te sind ein integraler Bestandteil des nordirischen Frühstücks. Der Ulster Fry wird, anders als das englische oder irische Frühstück, nicht mit Bohnen in Tomatensoße, dafür aber mit einer breiten Palette an frittiertem Sodabread angerichtet. Der Ulster Fry ist Teil der nordirisch-britischen Identität - und genau diese Identität sehen die Unionisten bedroht. Ende Juni konnte der Wurstkrieg aber mit einer Fristverlängerung aufgeschoben, wenn auch nicht aufgelöst, werden. (Reinisch 2021c) Eine längerfristige Konsequenz des Brexits wird die Wiedervereinigung Irlands und der Zerfall Großbritanniens sein. Der Weg dahin wird lang, kurvenreich und problematisch sein, aber das Ziel ist vorgegeben.

Johnson machte immer wieder klar, dass ihm der erfolgreiche Brexit wichtiger ist als das Schicksal von Nordirland. Während des Kalten Kriegs war Nordirland für Großbritannien wichtig, um nicht „ein Kuba vor der Küste Europas“ zu erhalten (Mulqueen 2019) und die Nordatlantikroute kontrollieren zu können. Diese Rolle ist heute weggefallen. In den vergangenen Jahren hat sich Großbritannien zunehmend von der Weltbühne zurückgezogen und sich auf seine englische, nationalistische Position fokussiert. Die Aufgabe eines Führungsanspruchs in der Weltpolitik war kein Resultat des Brexits, sondern der Brexit war ein Resultat dieses neuen Verständnisses eines englischen Nationalismus, der das britisch-imperiale Denken der vorangegangenen Jahrhunderte ablöste, wie Anand Menon bereits im November 2015 im Fachmagazin *Foreign Affairs* ausführte – über ein halbes Jahr vor dem Brexitreferendum. (Menon 2015) An die Stelle des britischen Nationalismus, der vor allem von einer aristokratischen Oberschicht getragen wurde, trat ein englischer Nationalismus. Dieser versucht den Einfluss des Landes mittels Freihandelsabkommen mit (ehemaligen) Commonwealth-Staaten und der Abnabelungen internationalen Organisationen wiederherzustellen. Eines seiner Merkmale ist ein von Teilen der englischen Oberschicht um Boris Johnson verwendeter, sehr kalkulierter Populismus. (McTague 2021) Während mit dem Ende des britischen Kolonialismus auch die Identifikation mit ihm schwand, spricht der Populismus des englischen Nationalismus zunehmend englische ArbeiterInnen an, die sich als GlobalisierungsverliererInnen fühlen. Dadurch wurde der englische Nationalismus zu einem Ausdruck der imperialen Nostalgie.

Johnson spricht aus der Seele vieler EngländerInnen. In einer Umfrage im Frühjahr 2018 erklärten mehr EngländerInnen, dass ihnen der Brexit wichtiger sei, als die Union mit Nordirland aufrecht zu erhalten. („Poll: Brexit more important than keeping Northern Ireland within UK“ 2018) In einer aktuellen Umfrage im Auftrag des *New Stateman* erklärten 34% der Befragten, dass sie sich überhaupt nicht mit Nordirland verbunden fühlen und nur 10% der BritInnen betonten eine „starke“ Verbindung zur Provinz auf der anderen Seite der irischen See. Die Mehrheit der Befragten erklärte zugleich, dass es sie nicht interessiere, ob Irland wiedervereint wird oder nicht – nur 11% gaben an, dagegen zu sein. (Hayward 2021) Die Umfrage korreliert mit einer Befragung des Instituts YouGov aus dem Jahr 2019, als eine Mehrheit der Tory-Mitglieder angab, sie wären bereit, Nordirland aufzugeben, um so mit Brüssel einen Abschluss in den Brexitverhandlungen zu erreichen. (Smith 2019) Diese Umfrageergebnisse erklären auch, wieso es in Nordirland zu vereinzelt Randalen aufgrund des Nordirlandprotokolls kam, es im Rest von Großbritannien aber keinen Aufschrei gab: Nicht nur Johnson ist ein englischer Nationalist, auch die Engländer selbst haben immer weniger eine britische Identität.



Die Brexit-BefürworterInnen hatten sich erhofft, dass der Austritt aus der EU Großbritannien wieder als starken, eigenständigen Player auf die Weltbühne zurückbringen wird. Tatsächlich hat der Brexit den langsamen, aber stetigen Zerfall des britischen Empire nicht nur fortgesetzt, sondern beschleunigt. Und er wird den Prozess, der mit der Dekolonialisierung nach dem ersten Weltkrieg und den Unabhängigkeitskriegen begonnen wurde, vollenden. Am Ende wird statt Great Britain nur noch ein Little England übrigbleiben. Die Frage, die offen bleibt ist, wie friedlich und geradlinig dieser Prozess vonstatten gehen wird. Ein entscheidender Faktor wird hier die EU sein. Teile der EU hätte ein großes Interesse den Nordosten Irlands und Schottland langfristig zurück in die europäische Gemeinschaft zu bringen, denn dadurch würde der europäische Markt erweitert und die Position der EU gegenüber dem Rest-Großbritannien und anderen internationalen Playern gestärkt werden. Ein Zugeständnis, diese beiden Regionen als Mitglieder aufzunehmen, würde eine Unabhängigkeitsbewegung entfachen, die auch London nicht aufhalten könnte. Dass dies die EU in ihrer derzeitigen Form aber unterstützt, ist aber zweifelhaft. Mehrere Mitgliedsländer, wie Zypern und Rumänien, die sich selbst mit der Teilung Zyperns und nationalistischen Bestrebungen der ungarischen Minderheit befassen müssen, würden diesem Schritt nicht zustimmen. Ähnlich die Situation in Spanien: Madrid würde wohl nicht für eine Anerkennung von Referenden in Irland und Schottland stimmen, denn dies würde ihrer Politik in Katalonien entgegenlaufen.

Vieles ist im derzeitigen historischen Prozess unklar. Sicher ist wohl nur, dass wir die letzte Generation sein werden, die ein Großbritannien in dieser Form kennt. Und wir werden auch die letzte Generation sein, die eine irische Grenze erlebt hat. Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass wir diese Überlegungen jemals anstellen werden?

## Literatur

- Allen, Kieran & Brian O’Boyle. 2013. *Austerity Ireland: The Failure of Irish Capitalism*. London: Pluto Press.
- Carroll, Rory. 2020. “Brexit: Ireland needs to press for reunification vote, says Sinn Féin.” *The Guardian*, 01.10. 2020.
- Coulter, Colin, & Angela Nagle. 2015. *Ireland Under Austerity: Neoliberal Crisis, Neoliberal Solutions*. Oxford: Oxford University Press.
- Cunningham, Dominic. 2003. “We’ll have a united Ireland by 2016, says McGuinness.” *Irish Independent*, 18.11. 2003.
- English, Richard. 2007. *Irish freedom: The history of nationalism in Ireland*. London: Pan Macmillan.
- Geets, Siobhán, & Dieter Reinisch. 2021. „100 Jahre Nordirland: Die gescheiterte Provinz.“ *Profil*, 03.05. 2021.
- Hayward, Freddie. 2021. “Exclusive: Majority of British voters feel little connection with the people of Northern Ireland.” *New Stateman*, 04.08. 2021.
- “Irish unification is becoming likelier.” *The Economist*, 15.02. 2020.
- Kuper, Simon. 2020. “What world is Brexit being launched into?” *Financial Times*, 10.12. 2020.
- Laffan, Brigid. 2018. “Brexit: Re-opening Ireland’s ‘English Question.’” *The Political Quarterly* 89: 568–575.
- McCabe, Conor. 2011. *Sins of the father: Tracing the decisions that shaped the Irish economy*. Cheltenham: The History Press.
- McLague, Tom. 2021. “The Minister of Chaos.” *The Atlantic*, Vol. 328/1, Jul./Aug. 2021.
- Menon, Anand. 2015. “Littler England.” *Foreign Affairs*, Nov./Dec. 2015.
- Mollica, Marcello, and James Cook Dingley. 2014. “Sectarian dynamics of multicultural norms and the law in Lebanon: warning for the future of Northern Ireland.” *National Identities* 17/4: 405–431.
- Mulqueen, John. 2019. *An Alien Ideology: Cold War Perceptions of the Irish Republican Left*. Liverpool: Liverpool University Press.

- Ó Ruairc, Liam. 2020. *Nordirland zwischen Krieg und Frieden: Der gescheiterte Aufbau nach der Niederlage der IRA*. Wien: Promedia.
- “Poll: Brexit more important than keeping Northern Ireland within UK.” 2018. *Irish Times*, 16. 03. 2018.
- Reinisch, Dieter. 2017. *Die Frauen der IRA: Cumann na mBan & der Nordirlandkonflikt, 1968-1986*. Wien: Promedia.
- . 2019a. „Bedrohter Frieden.“ *Junge Welt*, 04. 01. 2019.
- . 2019b. „Der Brexit und die Rückkehr des Nordirlandkonflikts.“ *Europäische Rundschau* 47: 75–84.
- . 2019c. „Die Barrikaden von Bogside.“ *Neues Deutschland*, 17. 08. 2019.
- . 2019d. “The influence of loyalist paramilitaries on the UK election.” *RTÉ Brainstorm*, 09. 12. 2019.
- . 2019e. „Nordirland: Die Gegenwart des Terrors.“ *Merkur* 839: 84–91.
- . 2020a. „100 Jahre Nordirland: Schwere Last im Brexit-Poker.“ *Wiener Zeitung*, 19. 12. 2020.
- . 2020b. „Gesetz der Teilung.“ *Junge Welt*, 23. 12. 2020).
- . 2020c. „Historischer Linksruck.“ *Tagebuch* 3/2020.
- . 2020d. „Sinn Féin: Von der Guerilla in die Regierung.“ *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2020.
- . 2020e. “Teenagers and young adults in dissident Irish republicanism: A case study of Na Fianna Éireann in Dublin.” *Critical Studies on Terrorism* 13/4: 702–723.
- . 2020f. „Friedensprozess, Brexit & Gewalt: Kommt der Nordirlandkonflikt zurück?“ *Vorwort zu Liam Ó Ruairc: Nordirland zwischen Krieg & Frieden*, Wien: Promedia, 9–26.
- . 2021a. „Alles beim Alten.“ *Junge Welt*, 02. 01. 2021.
- . 2021b. „Belfast brennt wieder, und das liegt nicht am Brexit.“ *Die Presse*, 28. 04. 2021.
- . 2021c. „Für Würstchen und protestantische Identität.“ *Neues Deutschland*, 08. 07. 2021.
- . 2021d. „Kreationist soll Nordirland führen.“ *Neues Deutschland*, 11. 06. 2021.
- . 2021e. „Schicksalswahl in Schottland.“ *Neues Deutschland*, 06. 05. 2021.
- Serhan, Yasmineen. 2020. “Ireland’s Nationalist Party Breaks Through.” *The Atlantic*, 10. 02. 2020.
- Smith, Matthew. 2019. Most Conservative members would see party destroyed to achieve Brexit. YouGov.
- Tonge, Jonathan. 2020. “Beyond Unionism versus Nationalism: the Rise of the Alliance Party of Northern Ireland.” *The Political Quarterly* 91/2: 461–466.